

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11



Beilage für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat August 50000 M., Nachzahlung vorbehalten. Ein einzelnes Exemplar 20000 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum 20000 M., die halbe Seite 45000 M. Einzeiliger Raum 60 000 M. Bei Abrechnung Rabatt. Bei Bezahlung vorab ist der Rabatt befristet.

Nr. 191

Altensteig, Montag den 20. August.

Jahrgang 1923

An die Postbezieher der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“!

Wie wir unseren Lesern wiederholt bekannt gemacht haben, konnten infolge der sich abspielenden, wirtschaftlichen Verhältnisse und katastrophalen Entwertung des Geldes die unter Vorbehalt der Nachzahlung zu nicht festgesetzten Preise für den Bezug unserer Zeitung nicht erreicht erhalten werden. Wir verzweifen zur weiteren Bezugsabgabe auf die im Mitteilungsblatt veröffentlichte eingetragene Erklärung des Vereins Württ. Zeitungsvorleger und auf die ungeheure Steigerung der Löhne und Papierpreise etc.

Da sich bei der Post vorerst die Erhebung von höheren Postgebühren nicht einzurichten läßt, so sieht sich unsere Zeitung gleich anderen gezwungen, eine Nacherhebung für August und zwar im Gesamtbetrag von 200 000 Mark (einschließlich Porto und Spesen) durch Nachzahlung vorzunehmen.

Denjenigen Postbeziehern, die für die erste Hälfte des August den eingeforderten Betrag von 30 000 M. geleistet haben, wird der vorerwähnte Nachzahlungsbetrag um diese Vorauszahlung auf die Nacherhebung gefürzt.

Wir bitten um pünktliche Bezahlung der heute an die Postabonnenten abgehenden Nachnahme, die bei bestem Willen nicht zu umgehen ist, wenn die Zeitung weiter erscheinen soll.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“.

Die wirtschaftliche Lage,

die heute in Deutschland herrscht, schreibt die „Frankfurter Zig.“, hat verschiedene Gründe. Da ist in erster Linie die Inflation, die den Geldwert ins Ungeheure treibt und die Verhältnisse raschestem Wandel unterwirft. Die Verteilung des Sozialproduktes, d. h. der gesamten Gütererzeugung der Nation, die in ruhigen Zeiten in festen Bahnen verläuft, ist heute in schlimmer Weise verwirrt, verdunkelt und in übergroße und winzige Kanäle zerfallen, jedoch sich hier ungeheure Vermögen unantastbar aufhäufen können, während dort der letzte Kronzylinder zum Nulldollar getragen werden muß. Mit der kurzzeitigen Marktentwertung schrumpft das Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger noch mehr zusammen, trotz aller Bemühungen um werkschützende Verträge. Die durch das Verfallen der Reichsbank herausgebrochene Zahlungsmittelskrise verschärft inurchbarster Weise die schon bestehende Notlage, und die Ungewißheit des gesamtdeutschen Schicksals steigert die dumpfe Verzweiflung. Das ist der Boden, aus dem leicht schändliche Projekte und gewalttätige Taten erwachsen: Strohhalme der Verunsicherten! So ziehen die Bewohner mancher Städte Mitteldeutschlands hinaus auf das Land, mähren die Felder ab, holen das Vieh aus dem Stall, requirieren und verteilen die Beute im kleinen Preis. Es ist die Selbsthilfe, die wir aus den Hungerjahren des sowjetischen Rußland her kennen. Und was war dort die Folge? Die Bauern schränken ihre Produktion auf ihren eigenen notwendigen Bedarf ein — die Städte verelenden. Diese „individuelle Nation“ zur Nahrungsmittelbeschaffung reißt die Klüft zwischen Stadt und Land noch weiter auf und bedeutet, wenn sie auch einigen hemmungslos Ingerendenden für den Augenblick nützt, für die Gesamtheit keine Erleichterung und gesteigerte Entbehrungen in der Zukunft.

Gleichzeitig werden Projekte laut, die die Wiedereinführung von Maßnahmen befürworten, die durch die jüngste Erfahrung erst als erfolglos erwiesen worden waren. Im Publikum hört man öfters den Wunsch nach Zwangswirtschaft und behördlicher Preisfestsetzung, und die Regierungen Sachsens, Thüringens, Braunschweig und Anhalts haben gemeinsam Anträge an den Reichsernährungsminister gerichtet, in denen u. a. eine Anlage für Getreide und Kartoffeln und weitere Zwangswirtschaft des Zuckers gefordert werden. Wieder ein Beweis dafür, daß man aus Schrecken nicht klug wird. Selbst in der Zeit des Krieges, in der Zeit eines gesteigerten Verantwortungsgefühls, haben wir erfahren, daß die Schranken der Gesetzgebung bald hier und da durchbrochen wurden, daß der Schwarzhandel mit besonderem Risikoaufschlag den regulären Handel verdrängte, die zwangswirtschaftliche Organisation sabotierte, und daß sich die Produktion den nicht unter die Zwangswirtschaft fallenden Güterarten zuwandte. In der Nachkriegszeit zeigte sich diese Entwicklung in beschleunigtem Tempo vor, bis schließlich auch der Gesetzgeber zurückwich und das Recht den Verhältnissen der Wirtschaft anpaßte. Bei einer Erneuerung der Zwangswirtschaft in unseren Tagen würde sich diese Entwicklung wohl noch viel schneller durchspielen; darüber darf man sich nicht täuschen. Der Vorschlag der Zwangswirtschaft ist nicht mehr als ein Strohhalm. Voraus es ankommt, ist die freiwillige Beilegung des Verkäufers wackeliger. Das geschieht eben durch einen angemessenen Preis. Da der Preis in Papiermark erledigt wird, diese aber gegenwärtig die hohe Gefahr der Entwertung in sich birgt, muß eine

gewisse Prognostik zur Wertsicherung gegeben sein; für die Landwirtschaft mit ihren langfristigen Umschlägen kommt hier besonders die Goldanleihe des Reiches in Betracht. Andererseits muß aber auch bei den Produzenten ein Bedarf an Mark und damit eine größere Annahmewilligkeit durch jährliche Besteuerung, die ja Markbeträge erfordert, erzeugt werden.

Von diesem einzigen Rettungsmittel aus unserer Währungsnot, von einer rigorosen, durch Anleiheaufnahme unterstützten Steuerpolitik, die den Haushalt des Reichs endlich ins Gleichgewicht bringt, darf man sich auch nicht durch verlockende Heilerformeln abbringen lassen, die der Wirtschaft die heißersehnte Goldwährung wiederzugeben versprechen, ohne dabei die furchtbaren Konsequenzen für das Reich und damit auch für die gesamte Volkswirtschaft in Betracht zu ziehen. Einführung einer „Goldwährung“, die ja nur rechnerisch vorgeschlagen werden kann, ohne gleichzeitige Beteiligung des Staatsdefizits bedeutet Auslöschung der Mark und Bankrott des Staates. Wird der Staatshaushalt aber in Einnahmen und Ausgaben balanciert, die Geldneuschöpfung somit gestoppt, so werden wir in kurzer Zeit ein stabiles Verhältnis zwischen der Mark und den Warenpreisen haben, d. h. wir werden eine stabile Währung haben. Welchen Namen man dieser dann geben will, bleibt dem Belieben anheimgestellt.

Wir hoffen, daß dem Reichsfinanzminister die schwere, aber unbedingt notwendige, rigorose Steuerpolitik gelingt. Man wird nun auch überdenken müssen, was sich für eine Lage ergeben würde, wenn die Bilanzierung des Reichshaushalts erreicht würde. Im Großen gesehen würde dies eine unumwundene Veränderung der Verteilung des Sozialproduktes zur Folge haben. Die Schuldner und die Besitzer von Produktionsmitteln wären nun schlechter gestellt, da sie den Vorteil aus der Geldentwertung verlieren und die Steuern voll und ohne Möglichkeit der Abwälzung aufbringen müßten. Die Gläubiger und die Gehaltsempfänger würden ihre Bezüge nun ohne Geldentwertungsabzug empfangen. Die von dem Kreditkrisen der Weidende aufgepöppelte Luxusindustrie, die Luxusparcs, die Ueberzahl der kleinen Läden und Lokale, der Wasserlopf, zu dem das Bankwesen durch Inflation und Spekulation geworden ist, würden zum großen Teil zusammenbrechen. Auch bedeutende Industriezweige, wie z. B. die Textilindustrie und ebenfalls die Reproduktion, wenn diese auch in geringererem Maße, würden in die Enge geraten. Dann müßte sich erweisen, welche Betriebe wirklich lebensfähig sind und die innere Kraft zur Überwindung des Zustandes besitzen, den man die Stabilisierungskrise nennt. Es ist kein goldenes Zeitalter, das mit der Stabilisierung der Währung einsetzt. Zusammenbrüche werden häufiger sein, als strahlende Gewinne. Auf den Massen lastet der Druck der Arbeitslosigkeit. Und die große Frage tut sich auf, wie man dieser begegnen soll. Der Arbeiter hat heute keinerlei Subsistenzfonds. Er ist auf den täglichen Erwerb angewiesen, Lohnentzug muß zur Hungerrevolte führen. Es werden sicherlich dann auch von Arbeiterseite Stimmen laut werden, die eine Unterstützung der Betriebe mit billigen Kredit verlangen. Würde dieser gewährt werden, so ständen wir am Beginn einer neuen Inflation. Auch die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge müßte zu einer neuen Inflationskonjunktur führen, wenn nicht die dazu verwendeten Mittel aus regulären Steuereinnahmen oder aus Anleihen stammten. Es wird also die Aufgabe gestellt sein, über die normalen Ausgaben des Reichs hinaus Mittel zur Arbeitslosenunterstützung herbeizuschaffen. Am besten wäre es, wenn diese durch eine Anleihe im Ausland

gebracht werden könnten, da der innerdeutsche Kapitalmarkt in jenem Augenblick kaum sehr ausnahmefähig wäre. Ist der Anleiheweg unmöglich, so bleibt nur die Erhebung neuer Steuern, da es leider veräumt worden ist, die Erwerbslosenversicherung rechtzeitig in die Wege zu leiten. Diese akute Stabilisierungskrise braucht aber nicht sehr lange zu dauern. Wir haben nabegelegende Beispiele, so Deutsch-Oesterreich. Die Stabilisierung der Währung führt nämlich bald erhebliche Kapitalzuflüsse aus dem Ausland herbei: das ins Ausland geflüchtete Kapital wendet sich nun wieder der Heimat zu. Auch rein ausländisches Kapital drängt herein, besonders um an der erwarteten Aufwertungshaufe des Effektenmarktes teilzunehmen. Die Währungspolitik muß dann allerdings dafür sorgen, daß der Geldwert nicht allzu sehr steigt, sonst würde die Krise nur noch verschärft, wie das Beispiel der Tschechoslowakei lehrt. Man darf sich dann nicht auf den Ehrenstandpunkt der Aufwertung der Währung stellen. Zur Festhaltung eines stabilen Kurses wird eine Vermehrung der Geldmenge in beträchtlichem Maße zulässig sein, wodurch dem Staat eine kleine Finanzhilfe zuteil werden kann. Wenn man schnell und gesund auf dieser notwendigen Stabilisierungskrise herankommen will, so wird man auch die zwangswirtschaftlichen Fesseln des Wohnungswesens abreißen müssen, um der anstehenden Konjunktur des Arbeitsmarktes des Bauhandwerkes zu eröffnen. Denn vom Bauhandwerk aus liegt bei genügend niedrigem Zins die Volkswirtschaft wieder aufzuleben, und das lange zurückgehaltene Bedürfnis nach ausreichender Wohnungsgelegenheit treibt zur Verwirklichung.

Zur Überwindung einer solchen Krisenzeit gehören vor allem ungeheuer starke Nerven. Die Leitung der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik muß wissen, was sie will, und darf sich von der Durchführung ihres Willens nicht durch noch so schmerzliche Verluste der Einzelnen, durch die Notfährnisse der Betroffenen, durch Partisanenreden und irreführende öffentliche Meinung abbringen lassen. Noch einmal: es gebührt ungeheuer starke Nerven dazu!

Undurchsichtige Lage.

Es empfiehlt sich jetzt, mit höchster Aufmerksamkeit und ebensolchem Mißtrauen die internationale Lage zu verfolgen, die seit der englischen Note vom 11. August neuerdings in Bewegung geraten ist. Der deutsche Kabinetswechsel, der der deutschen Selbstbehauptung einen auch im Ausland — fast die gesamte Auslandspresse spricht dafür — sehr bemerkten lebendigen Ausdruck gegeben hat und der mit der kurzen Erklärung des neuen Kanzlers bei gradliniger Fortsetzung der deutschen Politik dennoch eine bisher unmögliche und die Gegner beunruhigende Diskussionsfähigkeit brachte, war vielleicht nur der unmittelbare Anlaß, um schon vorhandene Kräfte erkennen zu lassen, die das seit Monaten fast unbewegliche Gebilde der Reparationspolitik ins Aussehen versetzten.

Die Lage ist völlig undurchsichtig; vielleicht noch mehr, seit sie täglich neue Seiten offenbart.

In England hat man das deutsche Abdrücken des neuen amerikanischen Präsidenten von der englischen Politik, die Befreiung der amerikanischen Abhängigkeit von allen europäischen Fragen also, höchst unangenehm empfunden. Nicht nur die Presse der Richards, sondern auch Blätter wie die „Times“ machen die amerikanische Kundgebung groß auf; die „Times“ mit scharfer Wiederholung des Bonourfs, den man nur billigen kann, daß nämlich gerade das Verhalten Amerikas die Schwierigkeiten Europas bis zum heutigen Grade vermehrt habe, während die Richard-Presse den Anlaß wahrnimmt, um neuerdings nachzuweisen, daß die Trennung Englands von Frankreich falsch gewesen sei und daß man nach diesem amerikanischen Verhalten die Verständigung mit Frankreich suchen müsse.

Auf der anderen Seite hört man aus Paris die merkwürdigen Dinge. Ein Oppositionsblatt will erfahren haben, daß Poincaré mit dem Plane umgehe, sich zur Räumung des Ruhrgebietes bereit zu erklären, sobald eine verbündete Macht die Bürgschaft für die französischen Forderungen an Deutschland übernehme. Ein Blatt der Mitte deutet in unverhüllter Form Ähnliches an; wenn verbündete und neutrale Staaten der Meinung seien, daß ihre wirtschaftliche Existenz durch die Besetzung des Ruhrgebietes bedroht sei und mit dieser Besetzung

gesichert würde, dann müssen eben diese Staaten Frankreich Garantien für die Begleichung seiner Forderungen geben, wofür wieder den betreffenden Staaten der deutsche „Nationalreichtum“ als Pfand zu dienen hätte. Soweit dabei nicht der alte Gedanke einer Übernahme der deutschen Verpflichtungen in die Gesamtverrechnung der internationalen Schulden mitspielt, ist diese Information, wenn sie einigermaßen zutrifft, ein geschickter Schlag Polinaires als Antwort auf die letzte Note Englands. Denn er sagt damit nichts geringeres, als daß England die deutschen Schulden übernehmen solle, wenn es die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herausbringen wolle. Man wird den Plan zunächst im Sinne eines diplomatischen Kniffes zu beurteilen haben; man schiebt in Paris die Diskussion auf ein anderes Gebiet, worin man auf den englischen Vorschlag einer Unterbreitung der Ruhrfrage vor dem Forum einer internationalen Kommission nicht diskutieren will.

Im Ganzen bemüht man sich in England und da und dort auch in Frankreich, trotz dem schroffen Ton der letzten englischen Note zu erklären, daß man von einer Verständigung nicht ganz so weit entfernt sei, wie in den letzten Wochen; und jedenfalls haben gewisse Nachrichten einer möglichen französisch-deutschen Sonderregelung die englische öffentliche Meinung ebenso nervös gemacht wie die Reichsbasis, die die letzte englische Note Deutschland gibt, in Paris demütigt.

Daß in einer solchen Lage die diplomatischen Ausschüßen einer lebendig, mit Kenntnis des Auslands und mit realpolitischer Beweglichkeit geführten deutschen Politik jedenfalls besser geworden sind, wird man zugeben. Gerade weil Deutschland sich heute entschlossen auf sich selbst stellt und weder von England noch von der Sonderregelung mit Frankreich das Heil erhofft, kann man fühl die verschiedenen Wendungen ausnützen, die sich nun ergeben könnten.

Ohne Zweifel ist die belgische Arbeiterschaft einem Abbruch des Ruhrabenteuers so günstig gestimmt, daß die belgische Regierung auch dann, wenn sie mit französischer Hilfe den beträchtlichen Sturz des belgischen Franken auszuhalten vermag, in einer reinen Durchhaltepolitik nur mit größtem inneren Schwierigkeit in verharren kann. Und auch in Frankreich scheint man nach dem deutschen Regierungswechsel in Arbeiterkreisen und vielleicht auch bei der Industrie es für möglich zu halten, daß die französische Politik aus der Sachlage herausgelockt werden kann, in der sie zweifellos steht. Damit ist freilich nicht gesagt, daß gewisse Sirenentöne, die jetzt aus Paris an die deutsche Adresse laut werden, als ein tatsächlicher Umschwung zu werten sind; aber es ist etwas Loder geworden in dem bisher so starren Komplex der Ruhrpolitik, das kann man aus der bisher unerhörten Deutlichkeit erkennen, mit der die Räumung des Ruhrgebiets in der französischen Presse diskutiert wird. Und diese Diskussion, zusammen mit der merkwürdigen englischen Nervosität, bildet etwas absolut Neues.

Steuer- und Währungsfragen im Reichstag.

Der Reichsrat nahm unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt die letzten vom Reichstag beschlossenen Gesetzesvorlagen ohne Einspruch zur Kenntnis.

Der Entwurf einer Verordnung über das Recht der privaten Notenbanken zu höherer Notenausgabe gab dem Reichsbankpräsidenten Hadenstein Gelegenheit zu längeren Ausführungen über Zahlungsmittelnot und Kreditpolitik. Der Ausschuss des Reichsrats hat entsprechend der Regierungsverordnung eine stufenweise Erhöhung der Notenausgabe der in Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden bestehenden privaten Notenbanken zugelassen, während die Vertreter dieser Ban-

ken eine zwanzigfache Erhöhung beantragten. Hadenstein erklärte, gegen eine so erhebliche Erhöhung der Notenausgabe der privaten Notenbanken hege nicht nur die Reichsbank, sondern auch Preußen und das Reich schwere Bedenken. Die Zahlungsmittelnot werde in wenigen Tagen behoben sein. Die Reichsbank gebe heute bereits täglich 30 Billionen neues Geld heraus. Sie werde in nächster Woche auf täglich 46 Billionen gekommen sein. Der gesamte Notenumlauf (wobei berücksichtigt werden muß, daß noch vor kurzem die tägliche Notenausgabe vier und weniger Billionen betrug) sei jetzt 63 Billionen. Die 16 Billionen, die der süddeutsche Antrag statt der von der Regierung zugelassenen vier Billionen herausbringen will, sind so viel, wie die gesamten Kredite, die die Reichsbank heute der Wirtschaft gibt. Sie würden also eine Quelle neuer schwerer Inflation sein. Reich und Reichsbank seien dagegen bestrebt, der Inflation nach Möglichkeit Einhalt zu gebieten.

Die Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und der preussischen Regierung schlossen sich dem Reichsbankpräsidenten an, während die Vertreter Bayerns und Badens für ihren Antrag eintraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden abgelehnt und die Regierungsverordnung angenommen.

Dann wurde eine Verordnung genehmigt, die bei der Wochenhilfe den einmaligen Beitrag für die Kosten der Entbindung auf das Sechsfache der Reichslanderzahl festsetzt. Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige sollen nach einer weiteren Verordnung auf einer gleitenden Skala auf der Grundlage der Arbeiterlöhne geregelt werden. Die Entschädigung der Schöffen, Geschworenen und Vertrauenspersonen auf der Grundlage der Beamtenegehälter. Die Gebühren für die Filmprüfung sollen verzwanzigfacht werden. Sodann wurde eine Senkung der Abzüge von der Lohnsteuer der Arbeitnehmer für den Monat August beschlossen. Schließlich nahm der Reichsrat die Verordnung an, wonach der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer vom 31. August ab auf das Doppelte, also auf 1000/100 Prozent gesteigert werden soll.

Hoffnung und Zweifel in London.

Berlin, 19. Aug. Aus London berichtet die „Soff. Bld.“: Die unversichtliche Auffassung, die sich in London unterrichteten Kreisen der Lösung der Entschädigungsfrage seit der letzten Woche geltend macht, wird damit begründet, daß Polinaires Antwortnote angeblich in einigen Punkten den englischen Forderungen Rechnung tragen solle. Nach einer Meldung des „Evening Standard“ soll dieses Entgegenkommen Frankreichs folgende Punkte umfassen:

1. Polinaire dürfte sich feierlich verpflichten, keine verschleierte oder offenen Annexionsabsichten in Deutschland zu verfolgen.

2. Polinaire soll die Absicht haben, bindende Erklärungen darüber abzugeben, wie die französische und belgische Besetzung des Ruhrgebiets verändert werden könnte, sowie die deutsche Regierung die amtliche Unterstützung des passiven Widerstandes abgebaut habe.

3. Polinaire soll ferner erklären wollen, daß Frankreich bereit sein werde, nachdem die deutschen Entschädigungszahlungen begonnen haben, den letzten Abschnitt der „unvollständigen Besetzung“ durch finanzielle Sicherheiten zu ersetzen.

4. Endlich dürfte die französische Regierung zu erkennen geben, daß mündliche deutsche Mitteilungen über die Lösung der Entschädigungsfrage bereits vor der Besetzung des Ruhrkonflikts von französischer Seite gebräut werden würden.

5. Polinaire soll weiter bereit sein, eine Erklärung abzugeben, nach der Frankreich die grundsätzliche Berechtigung Englands anerkennt, einen gewissen Teil von den deutschen Entschädigungszahlungen zur Tilgung seiner amerikanischen Schulden zu erhalten.

Nach den zahlreichen Erfahrungen, die man in London mit französischen Erklärungen erlebt hat, misstraut man den Angaben stark und fragt sich, ob Frankreich wirklich in seiner Note ernsthaft entgegenkommen werde. Man glaubt vielmehr, daß ein solches Entgegenkommen erst nach langen Verhandlungen eintreten werde. In diesem Zusammenhang verläutet, daß die englische Regierung nicht geneigt wäre, eine Antwort nach Deutschland auf die Denkschrift der deutschen Regierung vom 7. Juli länger als bis Ende nächster Woche hinauszuschieben.

Neues vom Tage.

Frankfurt, 19. Aug. Die französischen Behörden haben besondere Bestimmungen über die Behandlung kommunistischer Demonstrationen erlassen. Danach sind nur solche kommunistischen Demonstrationen politischer Art verboten, die sich gegen die Alliierten richten. Als Demonstration gegen die Alliierten wird auch das Führen russischer Sowjetabzeichen gerachtet. Dagegen sind die französischen Truppen angewiesen, bei Lebensmittelunruhen nicht einzugreifen. Ferner wird angeordnet, daß wenn die deutsche Polizei gegen Arbeitslose oder politische Demonstrationen mit der Schusswaffe eingreifen sollte, diese Waffen der Polizei beschlagnahmt werden sollen.

Bei der jetzt beginnenden Besetzung der Bergwerke rechnen die französischen Behörden darauf, daß die kommunistischen Arbeiter bei den von den Franzosen besetzten Bergwerken weiter arbeiten werden.

Demokratische Forderung an die Reichsregierung.

Berlin, 19. Aug. Eine demokratische Versammlung in Hamburg nahm nach einer Rede des Abgeordneten Dr. Peterßen eine Entschliessung an, in der ausgesprochen wird, daß sie von der Regierung schnelle und energische Durchführung der vom Reichstag beschlossenen Steuererlasse erwartet und ferner die Einführung einer festem als Grundlage unserer Staats- und Privatwirtschaft, Goldrente, Stabilität, rechtzeitige Inangriffnahme einer neuen deutschen Währung, Garantierung einer wirklichen Wertbeständigkeit der Löhne und Gehälter fordert. Dann wurde sich auch die Möglichkeit zu wirklicher außenpolitischer Mäßigkeit ersehen.

Baldwin für die Aufrechterhaltung der Entente.

Paris, 19. Aug. Dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ zufolge, wünscht Baldwin mehr denn je eine Aufrechterhaltung der Entente. Der Korrespondent glaubt gleichzeitig aus absolut zuverlässiger Quelle entnehmen zu dürfen, daß Stanley Baldwin lehaft wünsch, anlässlich seines Aufenthaltes in Frankreich, wohin er sich in den nächsten Tagen begeben werde, Herrn Polinaire zu sehen. Zurzeit werden über die näheren Einzelheiten dieser Zusammenkunft Besprechungen zwischen London und Paris gepflogen.

Eine Schloppe der Spanier in Marokko.

Madrid, 19. August. Nach einer Ovationemeldung aus Madrid sind nach Mitteilungen des Kriegsministeriums am 18. August in Spanisch-Marokko Operationen eingeleitet worden, um die Umgegend der Stellungen bei Marau und Afrain von Rebellen zu säubern. Der Widerstand der Rebellen habe die spanischen Kolonnen verhindert, ihr Ziel zu erreichen und sie hätten am Nachmittag des 18. August vorläufig zurückgehen müssen. Die spanischen Verluste beliefen sich auf mehr als 200 Tote und Verwundete.

Nach einer neuen amtlichen Mitteilung haben die spanischen Truppen bei dem Kampfe folgende Verluste gehabt: 12 Offiziere, darunter ein Oberleutnant, 2 Oberplutlinge, 11 spanische Offiziere und ein eingeborener Offiziere verwundet, 140 spanische Soldaten getötet oder verwundet, 81 eingeborene Soldaten getötet oder verwundet.

Heimgefunden.

Novelle von Maria Garling.

(1) (Nachdruck verboten.)

Vorfürhling ist, einer jener feuchtwarmen, nebeligen Tage, wie man sie um diese Jahreszeit so oft findet. Das freundlich liegt das traulich kleine Dörfchen Hofhausen inmitten der hügeligen Landschaft, aus dem jungen, knospenden Grün der Lindenbäume, die den Kirchplatz umstehen, ragt der mit roten Ziegeln gedeckte Kirchturm empor, mit dem goldfaulebenen Dach auf seiner Spitze. Jemandwo hinter den grünemponierten Seiten müssen Veilchen blühen, denn die Luft ist vom Veilchenduft durchzogen.

Auf der großen Wiese vor dem Dorfe spielen Kinder, ihr eintöniger Gesang schallt bis zu dem kleinen, schmuden ganz von Rosenranken umponnenen Häuschen, das ganz am Ende des Dorfes liegt. Eine grau und weiß gefleckte Raze deutet und streckt sich behaglich auf der Hausschwelle, dabei schielt sie lauernd zu den kleinen Frühlingskängern hin, die unweit im Niederbusch aus fangesproher Kette ihre ungeliebten Weisen in die Lüfte schnettern.

Eine junge, blonde Frau in sauberer Tracht, ein Umschlaghut nach Art der Landesfite um die Schultern gelegt, tritt unter die Haustür und blickt wie suchend in das neben dem Hause gelegene Obst- und Gemüsegärtchen, in dem ein junger Mann eifrig beschäftigt ist, die vom Sturm losgerissenen jungen Birnbäumchen wieder an ihrer Stütze befestigen.

„Franz, ich möchte dich zum Schulzenhof hinübergeben und selbst sehen, wie es Frau Holtkamp geht.“ Der junge Lehrer blickte von seiner Arbeit auf.

„Ja, tu das Liebel, aber bleibe nicht so lange fort, es geht gegen Abend, da brauchen die Kinder dich, Du weißt, die Wege ist so unzuverlässig.“

Die junge Frau nickt.

„Ich bin gleich wieder zurück, Franz. Warte Du nur etwas auf Viefelden, Etchen ist ja in ihrem Bettchen wohl geborgen.“

Frau Gehring nickt ihrem Manne noch einmal freundlich zu, dann eilt sie leichtfüßig den ihren Kiesweg entlang, der durch das grügestrichene Gittertärchen auf die Dorfstraße hinausführt.

Nur etwa einen Steinwurf weit vom Dorf auf einem mäßig ansteigenden Hügel liegt der Haidhof, der schon seit Jahrhunderten im Besitz der Familie Schulze Holtkamp ist.

Zu diesem Gehöft lenkt die junge Frau ihren stunden Schritt. Die spielenden Kinder auf der Wiese stoßen sich bei ihrem Erscheinen gegenseitig an und ein überaus schlanke, strohblondes Mädchen sagt mit der Kindern eigenen Wichtigkeit: „Die Frau Lehrer! Wo mag sie nur hin wollen?“

„Ach, die will zu Holtkamps hin!“ bemerkt ein anderes Mädchen. „Bei Holtkamps haben sie ein kleines Mädchen gekriegt, die Stina hats unserer Mutter erzählt, als sie heute mittag Semmeln für die Frau holte.“

Den Männen im Mund steht die Kinderfart, sich gegenseitig schuppend und leise verlegend sickernd, als die junge Lehrersfrau vorübergeht. Diese nicht ihnen freundlich zu, ohne jedoch weiter von ihnen Notiz zu nehmen. Ihre Gedanken sind bei der Schulzenfrau, wie es ihr wohl gehen mag, sie sah schon in letzter Zeit so hüfällig aus.

„Gott erhalte sie am Leben!“ denkt sie für sich, „was soll der Schulze anfangen, wenn ihm die Frau stirbt.“

Frau Lisa Gehring hat auf dem Schulzenhof e Jahr als Viehköchin gebient, dort hat sie ihren jetzigen Mann kennen gelernt.

Franz Gehring war Witwer, er hatte seine erste Frau gerade ein Jahr verloren, als er die junge, stinke Lisa Holtkamp kennen lernt. Weil sie nun den Namen seiner verstorbenen Frau trug, die auch Viezel geheißen hatte,

ihre auch im Neuenen, wie man sagte, ähnlich war, so hatte er sich gar bald für das junge Mädchen erwärmt und es auch nicht bereut, daß er sie zu seinem Weibe gemacht, denn sie war ihm eine tüchtige, sparsame Hausfrau und seiner Krone. Diesel eine gute Mutter.

Mit dem Schulzenhofe aber blieb die junge Lehrersfrau in ihrem Verkehr, denn die stille, sanfte Frau Holtkamp war ihr stets eine gültige Herrin gewesen.

Derii und behaglich deutet sich das langgestreckte Wohnhaus des Schulzenhofes hin von den Wirtschaftsgebäuden an der hinteren Seite im Niered umgeben. Ein mit Kopfsteinen gepflasterter Weg führt von der Straße bis zur Haustür, welche letztere in dichten Vorhängebäumen in großen, grünen Kugeln flankiert wird. Ein alter Nupbaum streckt seine noch kahlen Zweige bis zum Hofe hinauf. Im warmen Sommerabend pflegen die Dienstleute des Schulzenhofes auf der grügestrichenen Holzbank die rund um den Baum läuft, ihre Feierabendstunden zu verbringen.

Jetzt ist es fast totentfall auf dem großen Hofe, denn die Dienstleute sind, soweit sie eben entbehrlich, auf dem Felde mit dem Steden der Kartoffeln beschäftigt.

Dämmerig ist schon in der großen ebenerdigen Küche, die Frau Lisa jetzt betritt. Am Herde ist eine kleine, vernachlässigte Person eben beschäftigt, Kaffee in den blanken Hinkelstiel zu schütten.

„Guten Abend Tante Franze! Der Storch ist ja wohl hier gewesen? Ich wollte mal eben sehen, wie es der Schulzin geht, ist ihre Sie doch nicht?“

Die Angeredete dreht sich um, ein unschönes, mährsches Gesicht bietet sich der Besucherin dar.

„Ach, Du bist, Lisa. Ja, geh nur hinein, Du schickst die Schulzin ja nie. Ich habe alle Hände voll Arbeit in diesen Tagen!“ Nimmt die etwas mährische Antwort.

(Fortsetzung folgt.)

In erster Stunde werden wir uns nochmals an unsere Leser, in einer Stunde, in der es sich um nicht mehr und nicht weniger als um Sein oder Nichtsein der Zeitung handelt...

Wir glauben unsere Leser, wo wir der Post den Bezugspreis unserer Zeitung für den August mitteilen wollten, mit 10 000 M. für den Monat auskommen zu können...

Viele Leser haben die erste Nachzahlung von 30 000 M. nicht willig gemacht, in manchen Orten ohne jede Ausnahme. Wir erwarten von unseren Postabonnenten...

Ein wahlträges Regen. Des Bewitters am Samstag Abend leitete einen ergebnislosen Regen ein, der für das Gatter u. die Kartoffeln etc. außerordentlich notwendig war...

Pfändliche Meldungen an die Devisenbeschaffungsstelle. Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß der Eingang der nach der Devisenbeschaffung vorgeschriebenen Meldungen...

Aufhebung der Verkehrsperre im Badener Grenzgebiet. Die Verkehrsperre im Offenburger Grenzgebiet ist seit Samstag aufgehoben. Die Personenzüge können wieder bis und ab Ortenberg verkehren...

Stuttgart, 19. Aug. (Genehmigung von Versammlungen.) Von zünftigster Seite wird mitgeteilt: Nach § 1 der Verordnung des Staatsministeriums...

Der Streit um den Stuttgarter Ratskeller. Vom Reichsgericht des seitherigen Bäckers erfahren wir, daß es richtig ist, daß in dem Rechtsstreit zwischen der Stadtgemeinde Stuttgart und dem seitherigen Bäcker in 1. Instanz ein Urteil ergangen ist...

Starke Brotpreiserhöhung. Von heute ab werden die Preise für markenfrees Brot wieder eine sehr hohe Erhöhung erfahren. 1 Kg. Schwarzbrot kostet jetzt 200 000 M., Weißbrot 260 000 M., ein Paar Seiten 26 000 M.

Trübsinn, 19. Aug. (Reife Trauben.) An einem Hause der Langengasse sind reife Trauben zu sehen: nämlich eine Seltene Mitte August.

Waldsee, 19. Aug. (Blitzschlag.) Bei einem schweren Gewitter am Mittwochabend schlug der Blitz in das Wohn- und Oekonomiegebäude des Johs. Ludy in Steinach und zündete. In kurzer Zeit war das ganze Anwesen ein Haub der Flammen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Stinnes reist nach England. Die „National Times“ glaubt zu wissen, daß Hugo Stinnes sich in einigen Tagen, wenn es die Situation in Deutschland erlaube, nach England einschiffen werde...

Angora Hauptstadt der Türkei. Die Regierung von Angora hat beschlossen, Angora als Hauptstadt der Türkei endgültig beizubehalten. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Angora und den übrigen Teilen des Landes sollen verbessert werden.

Luftverkehr London-Jülich. Am Freitag ist der regelmäßige Luftverkehr London-Paris-Basel-Jülich eröffnet worden.

Ein Denkmal für den Dichter des Deutschland-Liedes. In Hallersleben soll am 2. September dem Dichter des Deutschland-Liedes, Hoffmann von Fallersleben, ein Denkmal errichtet werden.

Handel und Verkehr.

Der Hotelmultiplikator. Der Reichsverband der deutschen Hotels, Restaurants und verwandte Betriebe hat den Preismultiplikator auf 400 000 erhöht. Vor wenigen Tagen noch betrug er 200 000, am 5. August 85 000, am 7. Juli 15 000, am 2. Juni 4600.

Stuttgarter Notgeld. Die Stadt Stuttgart hat nachbezeichnete Werte in Umlauf gesetzt: Ein-Million-Scheine. 1. Serie: Format 9:17,4 Ztm. Schrift schwarz, Tinte als Raster in altgold angebracht, Nummer braunrot. Untergrund weiß, Gegenzeichnung des Kontrollbeamten handschriftlich...

Notgeld. Die Amtsverbände Hechingen und Heigerloch geben jetzt 20 Milliarden vom Reichsfinanzminister und preussischen Handelsminister genehmigtes Notgeld aus.

Häute-Auktion Stuttgart, 18. Aug. Auf der Häute-Auktion wurden folgende Preise notiert: Ochsenhäute 50-59 Pfd. 665-685, 60-79 Pfd. 695-725, 1000 Pfd. und höher 640; Rinder 30-49 Pfd. 660-730, 50-59 Pfd. 650-670; Kuhhäute 30-49 Pfd. 600 bis 625, 50-59 Pfd. 595-610, 60-79 Pfd. 600 bis 630, 80 Pfd. und höher 630; Farenhäute 20-29 Pfd. 660, 30-49 Pfd. 630-655. Norddeutsche Häute aller Genosche 540; Kuhschuß 500, alles in 1000 M.

Stuttgarter Wochenmarkt, 18. Aug. (Preisiger Andrang auf Kartoffeln.) In langer Schlange zu Bierern standen Tausende nach Kartoffeln an, die an einem Stand zum Pfundpreis von 30 000 M. abgegeben wurden. Es erschien sehr fraglich, ob alle ihr Darrn mit Erfolg belohnt sehen werden. Auf dem gutbesetzten Obstgroßmarkt machten die Preise wieder einen bedeutenden Sprung nach oben. Die Verkäufer setzten vielfach ihre zu Marktbeginn geforderten Preise nach wenigen Minuten um 10 000 M. am Pfund hinauf; es kam deshalb da und dort zu erregten Wortwechseln. Es wurden gefordert: Äpfel 25-40 (Haltobst bis zu 15), Birnen 35-50, Zwetschen 36-40, Pflaumen 35-40, Türkische Kirchen 30 bis 40, Erdäpfel 40-50. Auf dem Gemüße-Großmarkt war die Zufuhr beschränkt, von den Preisen kann dies dagegen nicht gesagt werden. Es wurden u. a. verlangt: Bohnen 170-200, Zwiebeln 45-50 das Pfd., Endivie 10-25, Kopfsalat 15 bis 25, Kohlrabi 12-20, Gurken 20-60, Essiggurken 0,5-0,6, Salatgurken bis zu 10, Rettiche bis 30, Blumenkohl bis 100 (für beste Ware noch mehr) je für das Stück.

Wutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck nimmt wieder zu und gleicht die Ueberbleibsel der letzten Störung aus. Am Dienstag ist trocken und wieder etwas wärmeres Wetter zu erwarten.

Die werblichste Anleihe des Deutschen Reiches.

Im Interesse unserer heutigen Ausgabe sind nochmals die Hauptpunkte veröffentlicht, die für den Zeichner der zuerst aufliegenden Anleihe von Wichtigkeit sind. Des Weiteren ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Anleihe auch dem kleinen Sparer wieder die Möglichkeit gibt, den Wert seines Geldes für die Zukunft sicherzustellen, da das kleine Stück der Anleihe auf den Gegenwert von 1 Dollar lautet und da auf dem Wege über werblichste Konten bei den Sparkassen und Girozentralen noch kleinere Summen in dieser Anleihe angelegt werden können. Der Zeichnungsbetrag der Markenzahlungen zurzeit noch 100 Proz. Den Besitzern von Dollarbesparnissen und Devisen ist weiterhin die Möglichkeit gegeben, die Stücke zu einem Vorzugssatz von jetzt 95 Prozent zu erwerben, soweit die Zeichnung in Dollarbesparnissen oder in den nachstehend verzeichneten Devisen erfolgt. Das Wertverhältnis der einzelnen Währungen zum Dollar ist bis auf weiteres wie folgt festgesetzt: Für einen Dollar sind zu zahlen: - 4,5 Pfd. 2,6579 M., 5,5862 M., 6,2808 M., 3,7969 M., 5,4977 M., 7,2 Psa., 3,1855 a. Psa., 2,025 Yen. Im übrigen wird jedes Obligatent gern bereit sein, weitere Kaufkurse über die Anleihe zu stellen.

Heute beginnen wir

mit der inhaltreichen Erzählung „Geldgefunden“, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Letzte Nachrichten.

Poincare kehrt nach weiter auf dem Schiffe.

Paris, 19. Aug. Während seines Aufenthalts in Charleville ergiff Poincare dreimal das Wort. Nach Havas hat er zunächst bei dem Empfang im Rathaus zu Charleville an die Schrecknisse der deutschen Besetzung erinnert. Dann sprach er seine Freude über die außerordentlichen Anstrengungen aus, die das Departement zum Wiederaufbau seiner Ruinen gemacht habe. Für diese Aufgabe müsse Frankreich von Deutschland Zahlungen erhalten, denen es sich bisher ignominisch entzog. Frankreich sei deshalb fest entschlossen, die eingeklagten Zahlungen ohne Scheu weiter zu verfolgen. Schließlich sprach Poincare bei der Einweihung des Kriegerdenkmals. Nach dem gemeinsamen Siege habe es geschienen, daß sich die Völker nicht mehr trennen wollten, daß sie Seite an Seite im Frieden das angfangene Werk vollenden würden. Wenn der Hund uns das Leben gerettet hat, so ist es nicht möglich, daß der Hund vernichtet wird, was uns anbeißt. Was uns anbeißt, so werden wir jedes Wort und jede Tat, die darauf ausgeht, diesen Hund zu zerschießen, vernichten. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, um unsere eigenen Leiden zu erleichtern und wir werden auch gerne daran mitarbeiten, daß die Leiden aller unserer Verbündeten erleichtert werden. Sicher ist, daß die engl. Regierung sich täuscht, wenn sie sich einbildet, daß die Arbeitslosigkeit eine direkte oder indirekte Folge der Rätebesetzung ist. Schon vor einem Jahr, also vor der Rätebesetzung, gab es in England und in Schottland mehr Arbeitslose als gegenwärtig. Wenn es in England Arbeitslose gibt, so ist dies durchaus nicht die Schuld des Generals Degoutie. Ebenso wenig ist es möglich, an Hand irgendwelcher Dokumente die Verantwortlichkeit unserer Planbergelung zu bestreiten. Es ist zu einfach, darauf mit verschiedenen Artikeln des Friedensvertrags von Versailles und mit früheren gemeinschaftlichen Abmachungen unter den Alliierten zu antworten, um die Verantwortlichkeit unseres Vorgehens zu beweisen. Anstatt vielmehr Streitigkeiten dieser Art zu entfachen, glauben wir, daß der eine wie der andere besser daran tun würde, eine praktische Lösung für ein Problem zu suchen, das für jeden der Alliierten von großem Interesse ist. Europa wird sein wirtschaftliches und sein moralisches Gleichgewicht erst in den Tagen wieder finden, an denen der Friede in Europa auf einer solchen Grundlage aufgebaut ist und an denen die Gerechtigkeit, die unsere Armeen zur Führung des Krieges veranlaßt haben, endlich in Sicherheit darin herrschen kann. Die unterzeichneten Verträge und die Gerechtigkeit fordern, daß die angerichteten Schäden in voller Höhe bezahlt werden. Frankreich verlangt nichts anderes und kann nichts anderes wollen. Wir werden uns also schließlich verständigen müssen, indem wir auf unserem Wege fortschreiten, hoffen und wünschen wir uns durchaus nicht, daß eine Trennung mit unseren Verbündeten eintritt, und wir sind sicher, daß wir nicht nur für das Wohlergehen Frankreichs, sondern auch für den Wiederaufbau ganz Europas handeln. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt begreift täglich besser die Aufrichtigkeit von Frankreichs Absichten und wird in steigendem Maße für Frankreich günstiger. (1) Der Vorwurf des Imperialismus ist lächerlich. Poincare schloß: Ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Frieden ist immer gefährlich und unerträglich. Ein Frieden aber, den man auf der Gerechtigkeit bauen kann, begründen wollen und den man darum aus dem Rahmen heranschieben läßt, ist noch unerträglich. Möchten wir nicht an dem Friedensvertrag und lassen wir den Entschluß, der klar, verständlich und freibestehend ist, nämlich den Friedensverträgen die erforderliche Achtung zu verschaffen.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der neuen Regierung. Berlin, 19. August. (Priv.-Tel.) Nach dem „Vorwärts“ besprechen die sozialdemokratischen Reichsminister die Aufgaben der Sozialdemokratie in der neuen Regierung. Dabei kündigt der Finanzminister Schmidt an, daß wenn es der Regierung nicht gelinge, durch die Soldanleihe freiwillige Beiträge an Devisen herbeizuschaffen, zu anderen Maßnahmen geiffen werden müsse, um die übermäßige Belastung des Geldmarktes in der Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln zu mindern. Der Reichsminister Sellmann weist darauf hin, daß alles, was die neue republikanische Regierung finanziell und wirtschaftlich plane, zur Hemmung des Marksturzes und zur Hebung der Lebensmittelfrage nicht durch Anleihen und Steuern gefördert werden dürfe.

Die Frage „Rhein-Elbe“ vor dem Genseken. Berlin, 19. August. Nach einer Meldung aus Offen steht die Frage „Rhein-Elbe“, wo die Franzosen den Versuch machen, die Kolonien in eigenen Betrieb zu übernehmen, vor dem Genseken. Die ganze Arbeiterschaft ist in den Aufstand getreten. Eine Räte von Zehntausend, in der Hauptsache Franzosen, wurden verhaftet.

Die weißen Ränder. Berlin, 19. August. Die Franzosen beschlagnahmten vorgestern bei der Bankleitung des Stumm-Konzerns eine Milliarde Reichsmark. Gleichzeitig haben sie die Buchdruckerei von Bagel beschlagnahmt und sämtliche an Reichs- und Reichsbank besessenen Aktien. Auf Verstellungen aus Wirtschaftskreisen antwortete der französische General, die Beschlagnahme von jetzt ab überall da nehmen, wo sie es finde. Die diesige Reichsbankstelle wurde von den Franzosen wieder freigegeben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Daut. Druck und Verlag der Sa. Reichs-Verlagsanstalt Altona.



Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Jedermann legt heute sein Geld **wertbeständig** an, indem er die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches zeichnet.

Einteilung der Stücke	4,20 Gold-Mark = 1 Dollar	rückzahlbar zu 170 %	ferner Stücke mit 6% Zinsen	42 Gold-Mark = 10 Dollar	420 Gold-Mark = 100 Dollar
	8,40 Gold-Mark = 2 Dollar			105 Gold-Mark = 25 Dollar	2100 Gold-Mark = 500 Dollar
	21,— Gold-Mark = 5 Dollar			210 Gold-Mark = 50 Dollar	4200 Gold-Mark = 1000 Dollar

Das kleinste Stück lautet also auf den Gegenwert von 1 Dollar

Auch der kleine Sparer kann mithin den Wert seines Geldes f. d. Zukunft sicherstellen

Die Rückzahlung der Anleihe erfolgt nach 12 Jahren zum Dollarkurse.

Der **Zeichnungspreis** beträgt bis auf weiteres **100 %**

Bei Einzahlung von Devisen oder Dollarschekenausweisungen **95 %**

Die Sicherheit der Zinsen und Rückzahlung der Anleihe ist reichsgesetzlich gewährleistet durch die Gesamtheit der deutschen Privatvermögen.

Die größeren Anleihestücke tragen Zinscheine, der Zinssatz ist 6%. Die Zinscheine werden jährlich am 1. September in Mark zum jeweiligen Dollarkurse eingelöst. Kauf u. Verkauf der Anleihe sind frei von der Börsenumsatzsteuer. Sie ist beleihbar bei den Darlehenskassen des Reiches. — Selbst **frei von der Erbschaftsteuer.** Jedes Geldinstitut wird gezeichnete Anleihe ist Auskunft erteilen.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden

Ämliche Bekanntmachungen.

Der mit Bekanntmachung vom 4. 8. 1923 im Larnenblatt Nr. 180 veröffentlichte Wert der Sachpreise (§ 160 R.V.O.) wird mit Wirkung vom 15. August 1923 ab um das 4fache erhöht.

Die Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung werden aufgefordert, vorstehende Neuerscheinung durch Anschlag am Rathaus öffentlich bekannt zu machen.

Rogold, den 17. Aug. 1923. Versicherungskamt: Schneider, stv. Amtm.

Im Tauschweg erhielten wir dieser Tage:

- 2 Obstpressen
- 1 Obstmahlmühle
- 2 Schrotmühlen
- 1 Zentrifuge

die wir zu äußerst günstigen Preisen abgeben würden.

Maschinenfabrik Gebr. Düre u. S. Rogold b. Rogold i. W.

Nussliquer, Johannisbeer, Cherry Brandy, Deutschen Weinbrand

empfehlen

J. Englert, Apotheker
Schwarzwald-Drogerie Altensteig.

Inferate haben in unserer Schwarzwälder Lagerhaltung „Aus den Tannen“ besten Erfolg

Zeuren.

Holzverkauf



Am Freitag, den 24. Aug., vormittags 10 Uhr verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus circa

25 Fhm. Langholz

im öffentl. Auktions.

Gemeinderat.

Achtung!

Schnecken!

Kaufe jedes Duzum lebende Schnecken mit Gläsern und bezahle heute 150 bis 200 Mark pro Stück

August Schaal
Altensteig.

Gutenhaltens

Mehltruhe

sucht zu kaufen, wer? — gibt die Geschäftst. ds. Bl.

Altensteig.
Ein Drehtrom-

Motor

4PS. 220/380 Volt, 1450 Umdreh. verkauft P. Jannasch.

Altensteig.

Rammpumpegestelle

Grubenwelle für

Zementfällung

Kochöfen

Drahtstifte

Bandeschläge

muß hlt zu niedrig gehaltenen Preisen:



Favorit-Moden-Album

für Herbst und Winter

sind eingetroffen in der

W. Rieker'schen Buchhandlung Altensteig.

1a Breite Bandnudeln
sowie Suppennudeln

Speisefett

Speiseöl

Apotheker Jos. Englert
Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

Bestellungen auf Milchschweine



werden von mir, sowie im „Bad“ in Altensteig sofort entgegengenommen

Schürle, Garweiler.

Ihre Druckarbeiten

bekommen Sie in so lieber Ausführung nirgends billiger und schneller als in der

W. Rieker'schen Buchdruckerei,

Telefon Nr. 11. Altensteig. Telefon Nr. 11.